

# Tödliche Gefahr für junge Störche

Mit Kunststoffabfällen übersäte Felder und Weinberge in der Vorderpfalz empören Vogelschützer. Vor allem die braunen Gummiringe, mit denen Radieschen oder Bundzwiebeln gebündelt werden, verfüttern Störche ihren Jungen. Die Mägen von manchen verendeten Tieren waren voller Ringe.

VON JÜRGEN MÜLLER

**MAINZ/DANNSTADT-SCHAUERNHEIM.** Anfang Mai tauchten in einem Storchennest im Wildpark in Ludwigshafen-Rheingönheim Gummiringe auf. Weil das dort brütende Weibchen einen Satellitensender trug, konnten Vogelschützer von der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz (Gnor) seine Flugrouten verfolgen. Dabei stellten sie fest, dass die Störchin mehrfach sechs oder sieben Kilometer entfernte Äcker zwischen Dannstadt-Schauernheim und Mutterstadt (Rhein-Pfalz-Kreis) ansteuerte, berichtet Gnor-Vorstandsmitglied Thomas Dolich. Vor Ort zeigte sich, dass massenhaft Radieschen und Bundzwiebeln über ein Feld verstreut lagen. Das Problematische daran: Viele der Gemüseabfälle seien noch mit Gummiringen zusammengehalten worden.

Vor allem für Jungstörche stellen solche Plastikabfälle eine tödliche Gefahr dar, sagt das Gnor-Vorstandsmitglied. Die Ringe werden von den Tieren offenbar für Futter gehalten und auch an ihren Nachwuchs verfüttert. Anders als die Altvögel können die Jungen die unverdaulichen Gummis nicht als Gewölle wieder hervorwürgen. Bei drei verendeten Tieren hat das Rheinland-Pfälzische Storchenzentrum Bornheim die Mägen untersucht, so Dolich weiter. „Sie waren so voll mit Gummis, dass die Jungstörche nichts mehr fressen konnten.“

Grundsätzlich ist es erlaubt, unverkäufliches Gemüse auf Feldern unterzupflügen, heißt es beim Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd in Mainz. Dadurch könne Kunstdünger eingespart werden. Verbandsprecher Andreas Köhr betont aber auch: „Plastikmüll hat auf den Feldern nichts verloren.“ Darauf weise der Verband regelmäßig hin, um seine Mitglieder zu sensibilisieren.

## Abfälle auch im Wingert

Die Gummis sind nicht das einzige Abfallproblem in der Landwirtschaft. Vom Wind zerfetzte Abdeckfolien landen schon mal in Nestern, nennt Dolich ein weiteres Beispiel. Bei Regen könne das dazu führen, dass sich Wasser im Nest staut und die Jungen gefährdet.

„In den Weinbergen werden Befestigungsschnüre vom Vorjahr einfach abgerissen und auf dem Boden liegen gelassen“, hat Gnor-Präsident Peter Keller beobachtet. Auch die braunen Behälter („Dispenser“), die mit ihren Sexuallockstoffen die Vermehrung von Schädlingen eindämmen sollen, bleiben laut Keller nicht selten liegen oder hängen über Jahre in den Hecken. Dabei sollten sie eingesammelt werden, wenn die neuen Dispenser aufgehängt werden. Kellers Vor-



Auf einem Feld zwischen Dannstadt-Schauernheim und Mutterstadt hat ein Vogelschützer Anfang Mai enorme Mengen an offensichtlich entsorgten Radieschen und Bundzwiebeln festgestellt. Das Gemüse war mit Gummiringen zu Bündeln geschnürt. FOTO: GNOR

schlag: Würden die Behälter in jedem neuen Jahrgang mit einer anderen Farbe versehen, könnte es keine Verwechslung mehr geben.

Vor kurzem hat auch Otto Paul, der frühere Ortsbürgermeister der süd-pfälzischen Gemeinde Hochstadt, in einem Leserbrief an die RHEINPFALZ seinem Ärger Luft gemacht: Er beklagte, dass bei Hochstadt reifes Gemüse zusammen mit Bewässerungsschläuchen aus Kunststoff einfach untergefräst werde. Anlass für seinen Leserbrief war ein RHEINPFALZ-Artikel, in dem über schwarze Schläuche in der Nachbargemeinde Essingen berichtet worden war. Fetzen und Teilstücke dieser Schläuche waren nicht entfernt, sondern in den Boden eingearbeitet worden.

Was sagt die Landesregierung zum Thema Kunststoffabfälle auf Feldern? – Das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium hat im Falle Dannstadt-Schauernheim die Aufsichtsbehörde ADD in Trier eingeschaltet. Dort heißt es: Eine Vorortkontrolle habe stattgefunden. Die Sache werde rechtlich geprüft. Um den Anteil der Gummiringe im Gemüse festzustellen, sei eine Probe bei der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (Lufa) in Speyer abgegeben worden. Das Ergebnis stehe noch aus.

„Kunststoffabfälle haben auf landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren und entsprechen nicht der guten fachlichen Praxis“, sagt das Umweltministerium zu den Gummiringen bei Dannstadt-Schauernheim. Gerade in der Brut- und Aufzuchtzeit seien die Ringe gefährlich für viele Vögel. Insbesondere Weißstörche picken auf den Äckern in Gemüsepflanzungen und halten die hellbraunen und

beigen Ringe möglicherweise für Würmer. „Sie füttern ihre Jungen damit und das ist für die häufig tödlich“, so das Umweltministerium weiter. Vorbehaltlich einer genauen Prüfung könne es sich beim Ausbringen von Gummiringen um einen Verstoß gegen das im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebene Tötungs- und Verletzungsverbot für besonders geschützte Arten handeln. Dies stelle eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld belegt werden könne.

Andererseits stellt sich die Frage, was ein Landwirt mit Erzeugnissen machen soll, die ihm der Lebensmittelhandel nicht abnimmt.

## Verband prüft Alternativen

Eine Lösung könnte sein, Gemüseabfälle zu pressen und zu trocknen, um sie anschließend in der Klärschlamm-Verbrennungsanlage der BASF zu verbrennen, sagt Johannes Zehfuß, Vizepräsident der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd. Die BASF habe laut Zehfuß ihr grundsätzliches Interesse signalisiert. Bisher scheiterte das Projekt aber daran, ein geeignetes Grundstück in der Nähe der Kläranlage zu bekommen.

Vorstellbar ist laut Zehfuß auch, nach Alternativen für die Ringe zu suchen. Naturkautschuk könne die Anforderungen des Handels allerdings nicht erfüllen. Denkbar wäre, Radieschen künftig in Plastikschälchen zu verpacken. Diese Schälchen könnten vom Verbraucher über den Gelben Sack entsorgt werden.

Er stehe in der Frage der Gummiringe mit dem Bornheimer Storchenzentrum in Kontakt, fügt Zehfuß hinzu. Es gelte, mögliche Eintragspfade auch aus weiter entfernten Gebieten



Unter dem Nest vor dem Bornheimer Storchenzentrum hat dessen Leiterin Jessica Lehmann diese Gummiringe und Heftgummis gefunden. Dabei handelt es sich um die „Ausbeute“ zweier Tage. Teilweise sind noch Reste des von den Störchen hervorgewürgten Gewölles zu erkennen. FOTO: JESSICA LEHMANN

zu ermitteln. Denn es seien auch Gummiringe gefunden worden, die nicht denen ähneln, die für die Gemüsebündel verwendet werden. „Außerdem brauchen wir belastbare Untersuchungen zum Umfang der Problematik, um entsprechend gegensteuern zu können. Vielleicht im Rahmen einer Promotion oder einer Masterarbeit. Wenn die Untersuchungen auf wissenschaftlicher, statistisch belastbarer Basis vorliegen, lassen sich zielorientiert praxistaugliche Lösungen auf den Weg bringen.“

Auch ohne eine wissenschaftliche Untersuchung ist Jessica Lehmann, die Leiterin des Bornheimer Storchenzentrums, davon überzeugt, dass das Ausmaß der Abfälle auf den

Feldern durchaus erheblich ist: „Das sind keine Einzelfälle.“ Hat sie doch das Problem täglich vor Augen: Vor der Tür des Storchenzentrums befindet sich auf einem dort aufgestellten Baumstamm ein Storchennest, in dem seit Jahren ein Paar Junge aufzieht. An nur zwei Tagen in der vergangenen Woche hat sie unter dem Nest rund zwei Dutzend Heftgummis, wie sie nach ihren Worten zur Befestigung im Weinbau verwendet werden, sowie Gummiringe aufgefunden. Daran habe sich auch Gewölle befunden, so Lehmann. Dies deutet darauf hin, dass das Material von Altstörchen aufgesammelt, später hervorgewürgt worden und womöglich beim Füttern aus dem Nest gefallen sei.

## COVID-19-FÄLLE IN DER PFALZ

	Stand 7 Tage			Tote
	1.6	2.6.	Rate*	
Kreis DÜW	324	324	0	310
Ludwigshafen	313	313	4	301
Rhein-Pfalz-Kr.	236	236	1	222
Stadt K'lauren	169	170	3	136
Kr.Südl. Weinstr.	151	151	0	147
Kreis GER	145	145	0	137
Donnersbergkr.	135	135	0	124
Kr. Südwestpfalz	106	106	0	103
Neustadt	103	103	0	101
Kreis K'lauren	102	102	0	101
Kreis Kusel	91	91	0	89
Speyer	86	86	2	83
Landau	56	56	0	54
Frankenthal	44	44	2	40
Zweibrücken	36	36	0	34
Pirmasens	31	31	0	30
RLP insgesamt	6699	6700	2	6246

\* Gemeldete Fälle der vergangenen 7 Tage pro 100.000 Einwohner (Obergrenze: 50 Fälle)  
Angaben des Mainzer Gesundheitsministeriums, Stand jeweils 11 Uhr (Die Zahlen der Gesundheitsämter können davon im Einzelfall abweichen).

## PFALZ KOMPAKT



### Stoppt Corona-Krise B10-Ausbau?

Die Gegner des durchgängigen vier-spurigen Ausbaus der B 10 zwischen Pirmasens und Landau wollen die Auswirkungen der Corona-Krise nutzen, um das Projekt doch noch zu kippen. In Zeiten einer historisch einmaligen Belastung der öffentlichen Haushalte durch coronabedingte Rettungsmaßnahmen sei der B 10-Ausbau ein aus Kostengründen „nicht mehr zu rechtfertigendes Luxusprojekt“, heißt es in einem Brief der Bürgerinitiative Queichtal und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) Rheinland-Pfalz. Das Schreiben ging nach Angaben des BUND an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und den rheinland-pfälzischen Verkehrsminister Volker Wissing (FDP). Ein zusätzliches Fass ohne Boden für die Finanzierung werde das Basistunnelprojekt bei Annweiler sein, meinen die Ausbau-Kritiker. Neben der bestehenden Tunnelstrecke (unser Bild) soll für den vierspurigen Ausbau eine weitere Tunneltrasse entstehen. |swz

### 25 Meter in Tiefe gestürzt

Ein Motocross-Fahrer ist in einem Steinbruch bei Jettimbach (Kreis Kusel) rund 25 Meter in die Tiefe gestürzt und hat sich schwerste Verletzungen zugezogen. Der 16-Jährige kam mit einem Rettungshubschrauber in die Klinik. Er war laut Polizei am Montag verbotenerweise zusammen mit zwei anderen Bikern auf dem Gelände unterwegs gewesen. Die Polizei vermutet, dass der Teenager dabei zu schnell auf eine Klippe zu fuhr. Vor der Absturzstelle wurde eine etwa 20 Meter lange Bremsspur gefunden. |swz

FOTO: VAN

# Fehlschlag bei Fahndungs-Premiere

Warum eine neue Phantombild-Technik ausgerechnet im allerersten Fall nicht zum Täter führen konnte

VON CHRISTOPH HÄMMELMANN

**TRIER/MAINZ.** Es war eine kriminallistische Weltpremiere: Mit einem neuartigen Phantombild fahndete die Polizei 2017 nach Bankräubern, die zwei Sparkassen in der Eifel überfallen hatten. Aber die Verbrecher blieben trotzdem unerkant. Mittlerweile allerdings hat sie die Polizei nach eigenen Angaben doch noch aufgespürt. Und die Ermittler ahnen jetzt auch, warum ihre Suche zunächst erfolglos bleiben musste.

Zunächst sieht das Schwarz-Weiß-Portrait aus dem Jahr 2017 wie eine herkömmliche Täterzeichnung der Polizei aus: Der bärtige Mann ist von vorne zu sehen, scheint den Betrachter ein wenig dümmlich anzuglotzen. Doch dann kommt Bewegung in die Szene: Der Bankräuber-Kopf dreht sich nach links und nach rechts, neigt sich nach vorne und kippt nach hinten – ein Effekt, der die Veröffentlichung des Fahndungs-Filmchens zu einer Weltpremiere macht. Denn immerhin handelt es sich um das erste animierte Phantombild, das jemals gezeigt worden ist.

Mit dem will die Polizei einen Verbrecher aufspüren, der mit zwei Komplizen im Februar 2017 zwei Sparkassen in der Eifel überfiel. Bei seinen Raubzügen hat das Trio die Opfer mit Pistolen und einer angeblich in der Filiale versteckten Bombe bedroht, eine Kundin niederschlagen, einen sechsstelligen Euro-Betrag eingesackt. Doch es gibt Bilder aus Überwachungskameras, aus denen ein Täter-Gesicht rekonstruiert wird. Dass sie



Phantombilder in neuer Dimension: Das rheinland-pfälzische Landeskriminalamt kann seine Zeichnungen Verdächtiger auch digital animieren und so aus verschiedenen Perspektiven zeigen. FOTO: DPA

das dann sogar aus verschiedenen Perspektiven zeigen können, lässt die Ermittler zunächst auf einen schnellen Fahndungserfolg hoffen.

## Begehrt auch im Ausland

Ertüftelt hat die dabei erstmals eingesetzte Computertechnik ein rheinland-pfälzischer Beamter, der einst als Streifenpolizist anfing. Später bekam Uwe Kinn die Stelle des landesweit einzigen Phantombildzeichners im Mainzer Landeskriminalamt (LKA). Und dort setzt er seither nicht nur auf sein künstlerisches Talent, sondern auch auf Digitalisierung. Sein Programm für animierte Phantombilder haben daher auch schon Ermittler aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland ausprobiert. Und weiterentwickelt hat sein Erfinder es inzwischen auch wieder. Mittlerweile produziert Kinn auch

animierte Sequenzen, die Verbrechen am dreidimensional rekonstruierten Original-Tatort nachstellen und das Geschehen aus verschiedenen Perspektiven zeigen. So lässt sich zum Beispiel besser nachprüfen, ob ein Zeuge überhaupt gesehen haben kann, was er gesehen haben will. Außerdem bekommen Ermittler damit die Gelegenheit, ihre eigenen Theorien zum Tathergang zu überprüfen. Und sie können später im Gerichtssaal den Juristen besser erläutern, wie der Angeklagte ihrer Einschätzung nach vorgegangen sein muss.

## Fahndung im Fernsehen

Kinn sagt: In einigen durchaus hochkarätigen Fällen haben seine Animationen schon entscheidende Hinweise geliefert. Doch Beispiele behält er einstweilen für sich, denn zu noch laufenden Verfahren muss er schwei-

gen. Klar ist allerdings: Ausgerechnet im Premierenfall hat die neue Phantombild-Technik der Polizei keinen heißen Tipp beschert – obwohl das bewegte Bankräuber-Bild aus der Eifel im September 2017 sogar in der ZDF-Sendung „AktENZEICHEN XY“ gezeigt wurde. Dingfest gemacht haben Ermittler die mutmaßlichen Täter jetzt aber trotzdem noch.

Wegen „gemeinschaftlichen schweren Raubes“ soll in Trier demnächst drei zwischen 27 und 31 Jahre alten Männern aus dem Großraum Essen der Prozess gemacht werden. Denn zu einem von ihnen hat Täter-DNA geführt, die Polizisten in einer der Eifel-Sparkassen sicherten. Allerdings war zunächst offengeblieben, wem diese Spur zuzuordnen ist: Einen Treffer konnten Behörden-Systeme erst anzeigen, nachdem nordrhein-westfälische Ermittler in einem ihrer Fälle einen Verdächtigen des versuchten Totschlags bezichtigt und daher sein Erbgut gespeichert hatten.

## Schon verurteilt

Mittlerweile ist der Kriminelle für diese Tat zu mehreren Jahren Haft verurteilt worden, im Gefängnis war er ihretwegen aber schon wenige Wochen nach den beiden Banküberfällen gelandet. Womit sich nach Einschätzung der rheinland-pfälzischen Ermittler auch erklärt, warum die weltweit erste und großangelegte Fahndung mit einem animierten Phantombild ins Leere lief: Kaum jemand kann einen Verdächtigen zufällig sehen und wiedererkennen, wenn der ohnehin schon hinter Gittern sitzt.

# Neues Gesetz strittig: Schüler wollen mehr Mitsprache

Lehrerverbände warnen jedoch vor Überforderung

VON ARNO BECKER

**MAINZ.** Die Landesregierung will Jungen und Mädchen in den Schulen mehr Mitspracherechte geben. Einigen Lehrerverbänden gehen die Pläne zu weit.

Die Landesvorsitzende des Philologenverbands, Cornelia Schwartz, warnte davor, in den Schulen „scheindemokratische Strukturen“ zu schaffen. Das könne zu Frust und Demokratieverdrossenheit bei den jungen Leuten führen und damit zum Gegenteil dessen, was mehr Mitsprache bewirken solle, sagte Schwartz am Dienstag in einer Anhörung des Landtags.

Diese Gefahr bestehe zum Beispiel beim Thema Pausenzeiten. Sie zu ändern, müsste am Ende oft an den Fahrplänen des Schülertransports scheitern. Wünschenswerte Änderungen und damit erfolgreiche Mitsprache würden damit von Sachzwängen verhindert. Es sei wichtig, in den Schulen Demokratie zu lehren und einzuüben, sagte Schwartz. Das geschehe in fast allen Fächern.

Gegenstand der Anhörung im Bildungsausschuss war ein Gesetzentwurf der Landesregierung, über den der Landtag befinden muss. Mit der geplanten Änderung des Schulgesetzes sollen Schüler mehr Rechte bekommen. So sollen künftig alle Schulen Schülervertretungen haben. Bei den Grundschulen war dies bisher nicht überall der Fall. Es wird ein Mitbestimmungskatalog eingeführt, der zum Beispiel Veränderungen am

Schulgebäude, Konzepte zu Klassenfahrten oder Fragen zur Organisation des Schulbetriebs einschließt.

Der stellvertretende Landeschef des Verbands Dilg und Erziehung (VBE), Lars Lamowski, warnte vor Überforderung von Grundschulern bei der Mitsprache: Kinder in diesem Alter könnten nicht drei oder vier Stunden an einer Konferenz teilnehmen. Wenn es um Ordnungsmaßnahmen oder um die Situation in Familien gehe, seien „manche Sachen für Kinderohren“ ungeeignet.

Klaus-Peter Hammer, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), plädierte hingegen uneingeschränkt für mehr Schülermitsprache. Sie müsse altersentsprechend sein. Sachzwänge seien Teil des Lebens, auch das müssten Schüler lernen. In einem Punkt waren sich die Lehrervertreter weitgehend einig: Mehr Mitsprache koste mehr Zeit und erfordere deshalb mehr Personal.

Sprecher der Landesschülervertretung (LSV) lobten die geplanten Änderungen des Schulgesetzes. Die Pläne gehen ihnen aber nicht weit genug. Jean Matthias Dilg forderte Mitbestimmung für Schülervertreter auch in den Schulausschüssen der Kommunen. Eltern hätten dort Stimmrechte, Schüler bisher nur beratende Funktion. Außerdem verlangt die LSV Schulparlamente, in die zu gleichen Teilen Vertreter von Lehrern, Eltern und Schüler gewählt werden. Beschlüsse der Gremien sollen für die jeweilige Schule verbindlich sein.